



# Androsch fordert einen „Ruck“ in der Bildungspolitik

Schreiben an alle Parteien: „Wir dürfen nicht weitere fünf Jahre verlieren.“  
Für gemeinsame Schule und mehr Geld für die Universitäten.

**Wien** – Das Bildungsvolksbegehren bekam 2011 fast 400.000 Unterschriften. Dennoch blieb der Erfolg der von Industriellenvereinigung und Sozialpartnern unterstützten Initiative aus. Zu weit waren die Positionen der damaligen Regierungsparteien SPÖ und ÖVP auseinander.

Nun nutzen die Initiatoren den Wahlkampf, um ihre Anliegen noch einmal in die Debatte einzubringen. Heute bekommen die Parteiocheln und Klubchefs der Parteien Post vom Industriellen Hannes Androsch, der das Volksbegehren maßgeblich initiiert und getragen hat. Die zentrale Forderung: „Es muss ein ‚Ruck‘ durch das Land gehen, wir brauchen einen nationalen Schulterschluss, einen ‚Big Bargain‘ in der Bildungspolitik.“ Bleibe dieser aus, „werden wir am Ende der kommenden Legislaturperiode weitere fünf Jahre an Zukunft verloren haben“.

Der Zustand des Bildungssystems sei jedenfalls unbefriedigend. Androsch zitiert Studien, nach denen jeder vierte 15-Jährige nicht sinner-



Hannes Androsch präsentiert 2011 das Resultat des Bildungsvolksbegehrens. Fast 400.000 Unterstützer reichten nicht für eine Umsetzung. Foto: APA

fassend lesen könne. 80.000 junge Erwachsene zwischen 15 und 24 Jahren hätten gar keinen Schulabschluss.

Als Antwort fordert Androsch namens der Initiatoren einen „nationalen Schulterschluss“ unter Einbindung der Sozialpartner. Nötig sei jedenfalls eine Veränderung der „realpolitischen Machtverhältnisse“, die Reformen bisher im Weg stünden.

Kontrovers war vor allem die Forderung des Volksbegehrens nach einer gemeinsamen Schule aller Zehn- bis 14-Jährigen. ÖVP und FPÖ lehnen diese traditionell ab. Androsch sieht darin in Verbindung mit der ganztägigen Betreuung aber eine wichtige Maßnahme, um den Einfluss der sozialen Herkunft auf die schulischen Leistungen zurückzudrängen.

Die gemeinsame Schule fördere außerdem die Integration der Kinder mit Migrationshintergrund – und sie sei, zum Teil sogar bis 16 Jahre, in 23 der 28 EU-Staaten üblich.

Weitere Punkte des Volksbegehrens betrafen Verbesserungen bei der Lehrerausbildung und eine Aufstockung des Uni-Budgets. Die Hochschulen seien „massiv unterdotiert“ – und die aktuellen Planungen ließen eine Fortsetzung dieser Tendenz befürchten. Das Ziel, Österreich im Spitzenfeld der „Innovationsleader“ zu platzieren, werde so jedenfalls nicht erreicht.

Die Frage, wie Österreich zu einem „Innovationsleader“ aufsteigen kann, beschäftigt auch den Rat für Forschungs- und Technologieentwicklung, dessen Vorsitzender Androsch ist. Auch der Rat wendet sich an die Parteien, mit einem ausführlichen Fragebogen zu einschlägigen Themen. Um Antwort noch vor der Wahl wird gebeten. Der Rat will dann eine Übersicht der verschiedenen Ansätze im Internet veröffentlichen. (sabl)